

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsbüro: Wachsmann Dresden
Hauptredaktion: Wachsmann Dresden
Telefon: 17. 11.

Bezugspreis für täglich erscheinende Ausgabe monatlich 2.20 RM. (einschließlich 70 Pf. für Kräfte-
lohn), bezw. halbjährlich 12.00 RM. (einschließlich 3.50 RM. für Kräfte-
lohn). Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Sachsens 15 Pf. Anzeigenpreise: Die
einzelne Seite 30 mm breite Seite 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die 20 mm breite Werbeanzeige 200 Pf.,
außerhalb 250 Pf., abg. Kollisionsbeitrag 11. Text-, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt
15 Pf., außerhalb 25 Pf. Offertengelände 30 Pf. Anzeigen für Verkauftgegenstände

Druck u. Verlag: Henschel & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden
Redaktion: Postfach-Nr. 1048 Dresden
(Dresden, Postf.) 1048/1049. Unveränderte
Schiffstraße werden nicht aufbewahrt

Der Burgfrieden bis 2. Januar verlängert

Neue Notverordnung des Reichspräsidenten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Nov. Nachdem am Donnerstagabend ver-
schieblich in politischen Kreisen der Eindruck entstanden
war, als bedeute der Rücktritt des Kabinetts v. Papen
einen Sieg der Parteipolitik über den autoritären Staats-
gedanken, war der Freitag vom Reichspräsidenten dazu aus-
ersehen, einen derartigen Eindruck wieder rückgängig zu
machen. Zwei Notverordnungen sind an diesem
Tage angekündigt worden, durch die sich der Reichspräsident
erneut als die autoritäre Regierungskraft des
Reiches bezeugt hat. Am Vormittag wurde, wie bereits
mitgeteilt, eine Notverordnung gegen die Nach-
anspruchsprüche erlassen, am Abend wurde der Burg-
frieden, der am Sonnabend abgelaufen wäre, mit
folgender Notverordnung verlängert:

Die Geltungsdauer der Verordnung des Reichs-
präsidenten zur Sicherung des inneren
Friedens vom 2. November d. J., die bis zum
10. November befristet war, ist durch eine Verordnung
des Reichspräsidenten vom heutigen Tage bis zum
Ablauf des 2. Januar 1933 verlängert worden.
Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung
vom 2. November enthaltene Ermächtigung ver-
längert worden, wonach Ausnahmen für Wahl-
versammlungen zugelassen werden, sofern
diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 einschließlich
stattfinden.

In politischen Kreisen wird dieses Vorgehen als eine
nicht unbedeutende politische Aktion gewertet, da sie
praktisch den neuen großen Propagandafeldzug, der
von den Nationalsozialisten angekündigt worden
war und am nächsten Dienstag in Berlin mit einer Sport-
palast-Kundgebung Hitlers beginnen sollte, unmöglich
macht. Von nationalsozialistischer Seite wird freilich
behauptet, daß man dort mit der Verlängerung des Burgfriedens
gerechnet habe.

Ueber die drei Parteiführeransprachen Hindenburgs
vom Freitag, mit Eugenberg, Raas und Dingeldey,
wird nach wie vor frenetisches Stillschweigen
bewahrt. Die in die Hand des Reichspräsidenten gelobte
Vertraulichkeit seitens der Parteiführer ist bisher in
einem Maße, wie man es im parlamentarischen Deutschland
bisher noch nicht erlebt hat, gehalten worden.

Lösungsmöglichkeiten der Krise wurden am Freitag nur
sehr sparsam in der Öffentlichkeit erörtert, da im Grunde
genommen alle vor einem Mißsicht stehen und keiner
auch nur einen sicheren Anhaltspunkt dafür hat, wie diese
Krisis einer Lösung entgegengeführt werden könnte. Man
spricht von der Wiederbelebung der Garaburser
Front, von einer autoritären Regierung,
bals mit Ausschluß des Zentrums. Vom Zentrum aus
wird als Gegenlösung eine autoritäre Zentrums-
regierung zusammen mit den Nationalsozialisten gegen
die Deutschnationalen propagiert. In politischen Kreisen
kann man heute Stimmen hören, die es für möglich halten,
daß schließlich doch das Kabinett v. Papen oder eine
ähnliche Regierung am Ende der gestern begonnenen Ent-
wicklung stehen wird. Welche dieser Auffassungen richtig ist,
das wird sich kaum vor Mitte nächster Woche übersehen
lassen.

Die amtliche Mitteilung

Berlin, 18. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichs-
präsident empfing heute vormittag den Führer der Deutsch-
nationalen, Weidmann, und heute nach-
mittag den Führer der Zentrumspartei, Prälat Raas, so-
wie den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey,
zu Einzelgesprächen über die politische Lage.

Einheitsbestrebungen der Linksparteien

Gemeinsames Vorgehen im Reichstag?

Berlin, 18. Nov. Der sozialdemokratische Reichstags-
abgeordnete Vöbe hatte sich bekanntlich zum Ziel gesetzt, die
bisher einander feindlichen marxistischen Par-
teien zu einer gemeinsamen Front zusammenzu-
führen. Als Führer des linken Flügels der Sozialdemo-
kratischen Partei ist er schon seit langem in dieser Richtung
tätig. Inzwischen ist sein Einfluß in seiner Partei erheblich
gewachsen. Es ist ihm gelungen,
nahezu die Mehrheit in der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion für sich zu gewinnen.

Mit Hilfe einiger schwächerer Mittelglieder, die die mittlere
Linie innehalten, lebt er stets seinen Willen in der sozial-
demokratischen Reichstagsfraktion durch. Das ist bei der
Stellungnahme zu dem Kabinett von Papen klar hervor-
getreten. Die Sozialdemokratische Partei war an und für
sich geneigt, der Einladung von Papens zu einer Mitsprache
nachzukommen. Erst dem Einfluß Vöbes ist es anzuschreiben,
daß diese Zugabe zurückgenommen und mit einer scharfen
Kampferklärung beantwortet wurde. Wie in parlamen-
tarischen Kreisen verlautet, steuert der

Ungeheuerliche Forderungen Hitlers

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Nov. Der Führer der NSDAP, Adolf
Hitler, ist heute vormittag 11.30 Uhr in einem Sonder-
zug in Berlin eingetroffen. In der Begleitung Hitlers
befanden sich der Stadtschreiber der SA, Röhmer, Gregor
Strasser, Minister Fried, der Reichspressesekretär der
NSDAP, Dr. Dietrich, der Auslandspressesekretär der
NSDAP, Hans Kängel, sowie die Adjutanten Vor-
mann und Brückner. Der politische Bevollmächtigte der
Partei, Hauptmann a. D. Göring, hat vom Flugzeug
verlassen und sich ebenfalls nach Berlin begibt.
Allgemein wird der Aussprache Hitlers mit dem Reichs-
präsidenten die größte Bedeutung zugewiesen. Die „DPA“
weicht zu berichten, daß im Vordergrund der Hitler-
forderungen für eine Beteiligung an der vom Reichs-
präsidenten gewünschten nationalen Konzentration folgende
zwei Punkte stehen würden:

1. Arbeitsbeschaffung.
2. die unbedingte Vernichtung des Kommunismus.

Sollte Hitler den letzten Punkt tatsächlich zu einer For-
derung gegenüber dem Reichspräsidenten machen, so würde
das bedeuten, daß ähnlich wie einst in Italien, der Ver-
nichtungsfeldzug gegen den Sozialismus
einleitet, denn bei der starken Radikalisierung der
NSDAP, von der große Teile bereit sind auf eine ganz offene
Verbrüderung mit den Kommunisten drängen, wäre es nicht
möglich, diese radikalen Elemente von den erforderlichen
Maßnahmen auszunehmen. Wie es heißt, wird
Hitler Wert darauf legen, dem Reichspräsidenten in einer
ausführlichen Besprechung seine Grundgedanken vorzu-
tragen. Es würde sich dabei auch herausstellen, daß in
manchen Punkten der Kurs der bisherigen Regierungspol-
itik fortgesetzt werden könne. Das gelte besonders
für die Außenpolitik.

Braunschweig, 18. November. In einer kleinen An-
frage im Braunschweigischen Landtag hatte der
sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thielemann um
Auskunft darüber gebeten, was Regierungsrat Adolf
Hitler bisher für das Land Braunschweig getan habe.
Auf Verlangen des Staatsministers hat Minister
Rückenthal hierauf nachstehende Antwort erteilt: Der
Regierungsrat Hitler hat dem braunschweigischen Minister
des Innern nach dessen Mitteilung als Sonder-
berater in wirtschaftlichen Fragen, insbeson-
dere in der Frage der Erhaltung des Unter-Darzer
Erzbergbaues, wertvolle Dienste geleistet.

Ein Stahlhelm-Appl an Hindenburg

Berlin, 18. November. Die beiden Bundesführer des
Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, haben am Freitag am
frühen Nachmittag an den Reichspräsidenten, Generalfeld-
marschall v. Hindenburg, folgendes Telegramm ge-
richtet: „Im Namen des Stahlhelms, Bund der Front-
soldaten, der sich dabei einigt mit der Mehrheit der
arbeitswilligen und aufzubereitenden Deutschen, bitten wir
Ew. Exzellenz inständig, die von den Parteien unabhängige,
autoritäre Form der Staatsführung zu er-
halten. Die Unmöglichkeit einer in sich selbst zusammen-
haltenden parlamentarischen Mehrheit ist durch das Ergebnis
der Reichstagswahl am 6. November erneut festgestellt wor-
den. Das deutsche Volk will keine irgendeine partei-
liche Herrschaft mehr. Es will eine starke, von den Parteien
wirklich unabhängige Staatsführung, um endlich die fried-
liche Aufbauarbeit beginnen zu können. Franz Seidte,
Duesterberg.“

Was wird aus den Schulden?

Der doppelte Schritt, den die englische und die fran-
zösische Regierung sofort nach der Präsidentenwahl in
Washington zur Andahnung von abschließenden Verhand-
lungen über die Frage der interalliierten Schulden ein-
geleitet haben, ist eine direkte Fortsetzung der
Konferenz von Lausanne. Es ist zwar verständlich,
daß die Amerikaner von Lausanne nichts wissen wollen
und daß ihnen die Aufforderung zur Schuldentilgung
mitten in ihrem Freudentaumel über Roosevelts Wahl un-
gelegen kommt, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß
der 15. Dezember herannäht, der Termin, an dem die
nächsten Zahlungen Englands und Frankreichs fällig sind
und vor dem ein entscheidendes Wort gesprochen werden
muss. Das deutsche Interesse an dieser unerledigten Au-
frollung der Schuldenfrage knüpft, auch wenn keine recht-
liche Verbindung besteht, an das Ergebnis von Lausanne
an. Dort wurden bekanntlich die deutschen Verpflichtungen
aus dem Youngplan durch eine Schlusszahlung von drei
Milliarden erfüllt, die frühestens in drei Jahren und unter
der Bedingung einer auf den Kapitalmärkten bemerkbaren
Besserung der Weltlage fällig werden soll. Eine über diese
Verbindungen hinausgehende Verkopplung der deutschen
Restschuld mit den Schulden, die unsere Gläubiger aus
den Kriegsjahren her noch an Amerika haben, hat die deutsche
Abordnung damals strikt abgelehnt. Das hat aber die eng-
lische und französische Regierung nicht gehindert, in einem
so genannten Gentlemen-Abkommen unter sich zu verein-
baren, daß sie den Vertrag von Lausanne erst dann rati-
fizierten und damit rechtskräftig machen wollten, wenn es
ihnen gelungen ist, von den Vereinigten Staaten eine
Erreichung ihrer Kriegsschulden zu erlangen, die im gleichen
Verhältnis steht, wie die Deutschland angebilligte Überab-
setzung seiner Reparationsverpflichtungen. Um welche
Summen es sich dabei handelt, erfährt man daraus, daß sich
der Kapitalanspruch der Gläubiger aus dem Youngplan
auf 88 Milliarden beläuft, während der Anspruch der Ver-
einigten Staaten an ihre europäischen Schuldner 22 Mil-
liarden beträgt, also um ein Drittel weniger.

Der englisch-französische Vorschlag geht nun im Hin-
blick auf den nächsten Zahlungstermin am 15. Dezember
dahin, zunächst ein Moratorium für die interalliierten
Schuldentilgungen zu erklären, damit die Verhandlungen
über die Endregelung ohne zeitlichen Druck geführt werden
können. In dieser Absicht Frankreich die restliche Erreichung
aller seiner Schulden an, die es in Lausanne Deutschland
hinterzögert, während England etwas ver-
ständiger und entgegenkommender so operiert, daß es bei
der Schlussbilanz aus eigener Tasche nichts draufüberzahlen
hat. Soweit ist alles klar, die Ungewißheit beginnt bei der
Frage nach der Einstellung der Vereinigten Staaten, oder
vielmehr der amerikanischen Steuerzahler zu diesen Forde-
rungen. Da ist zunächst festzustellen, daß der demokratische
Erdruck an der allgemeinen Stimmung gegen den
Schuldennachlass nichts geändert hat. Roosevelt wird sich
ebenwenig wie Hoover eine grobkörnige Geste des Ver-
zichts leisten können. Dieser nicht von der Hochfinanz, son-
dern aus den Volksmassen kommende Widerstand hat politi-
sche und finanzielle Gründe. Man erinnert in Amerika
daran, daß die Forderungen an die europäischen „Sieg-
staaten“ bereits mächtig herabgesetzt worden sind und daß
dies keineswegs, wie Deutschland, bis aufs Mark aus-
gereicht sind. In der Tat mutet ja auch der von Frankreich
angebotene Offensivanzahl fomisich an, wenn die Ausweitung
seiner Staatsbank gleichgültig anzeigen, daß in ihren
Kellern 88 Milliarden Franken gehortet sind, also 14 Mil-
liarden Mark, und mehr als ein Viertel des gemünzten
Goldes der Erde. Da kann man es dem amerikanischen
Gläubiger nicht verdenken, wenn er sich darüber empört,
daß die Presse dieses reichen Landes ihn in aller Welt als
den hartberzigsten Schulden anprangert, der nicht ohne weiteres
die Milliarden verschleudern will, an denen daselbstes Frank-
reich Deutschland gegenüber ebenfalls zahl festgehalten hat.
Die Amerikaner haben auch die Angriffe nicht vergessen,
die Frankreich mit Hilfe seines Goldschlages gegen den
Dollars gerichtet hat, und sie fürchten, daß ein neuer Schul-
dennachlass nur dazu diene, um das weiträusende Frankreich
und seiner Walfallen zu finanzieren. Daher die in den Ver-
einigten Staaten gebräuchliche Formulierung: „Was
Europa braucht, ist ein Abkommen, keinen neuen Krieg an-
zufangen, bis der alte bezahlt ist.“ An dieser Überlegung
beginnt die Brücke, die vom Schuldenproblem zur Ab-
rüstungskonferenz führt und die Lage noch mehr kompli-
ziert.

Von der finanziellen Seite, das heißt vom Standpunkt
der amerikanischen Steuerzahler aus gesehen, stellt sich die
Sache nach den ausführlichen Ausführungen eines
Deutschamerikaners so dar: „Jeder Deutsche, Mann, Frau
oder Kind, schuldet an Amerika rund 200 Mark. Um-
gekehrt ausgedrückt: Jeder Amerikaner hat etwa 100 Mark
in Deutschland angelegt, in ganz Europa natürlich noch
viel mehr. Dieser ungeheure Reichtum ist geliehen worden
von privaten Geldgebern, Banken, Rentnern, Aktio-
nären. Außerdem hat jeder Amerikaner, Mann, Frau oder